

## Antrag Kommissionspostulat SPK-N

Der Bundesrat wird eingeladen, einen Bericht über die Möglichkeiten der Schweiz und der internationalen Gemeinschaft im Bereich der Bekämpfung von Fluchtursachen zu verfassen. Dabei sollen insbesondere die Handlungsoptionen mit Blick auf ökonomische Fluchtursachen und die Kohärenz von Aussenwirtschafts-, Steuer-, und Migrationspolitik aufgezeigt werden.

### Begründung

Am 13.11.2017 treffen sich die Mitglieder der Kontaktgruppe Mittelmeer in Bern. Das Engagement der Schweiz für eine den humanitären Werten genügende Bewältigung der Flüchtlingskrise in Subsahara- und Nordafrika ist zu begrüssen; ebenso die Absicht einer gesamteuropäischen Strategie in Fragen der Migrationspolitik und des Asylwesens. Im Rahmen dieser Aktivitäten bleiben allerdings die eigentlichen Fluchtursachen weitgehend ausgeblendet. Die Enthüllungen rund um die so genannten „Paradise Papers“ weisen erneut darauf hin, dass die globale Wirtschafts- und Steuerpolitik die Armutsmigration insbesondere aus den Ländern Afrikas massgeblich begünstigt, weil den Menschen in diesen Regionen trotz Rohstoffreichtum die Basis für Lebensperspektiven geraubt werden. Zahlreiche Expertengruppen, darunter das Africa Progress Panel oder das UN High Level Panel on Illicit Financial Flows haben diese Zusammenhänge hinreichend belegt. Der Bundesrat wird eingeladen, die Politik der Eidgenossenschaft und die Kohärenz ihrer Aussenwirtschafts- und Migrationspolitik zu untersuchen, sowie Vorschläge zu erarbeiten, wie Fluchtursachen international effektiv angegangen werden können.